

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 666-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 9.30, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.30, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Vertriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts. — Abbestellungen sind jederzeit möglich.

Anzeigenpreis: Erstige Anzeigen M. 2.—, Finanzielle und Realisations-Anzeigen M. 3.—, auswärtsige Anzeigen M. 4.—, dritte Anzeigen M. 1.—, auswärtsige Anzeigen M. 2.— für die erste Spalte, die übrigen Spalten nach demselben Maßstab. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Freitag, 27. Januar 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 46. + 70. Jahrgang.

Der Reichsanstler über die politische Lage.

Deutschlands positives Programm.

Der Termin, den die Reparationskommission der Reichsregierung gefordert hat, hat als ein wohlthätiger Zwang auf den Reichstag gewirkt. Es ist schwer zu verstehen, daß sich in einem Reichstag, in dem es seit dem Mai zwar keine Regierungsmehrheit, aber unzweifelhaft eine Mehrheit für die Erfüllungspolitik gegeben hat, monatelang kein Steuerkompromiß ermöglicht hat, das doch die unerlässliche Voraussetzung jeder Erfüllung war. Aber heute ist nicht Zeit, zurückzublicken. Es genügt, festzustellen, daß die Politik der Zwei-Eisen im Feuer gescheitert ist: die Sozialdemokratie hat sich ein halbes Jahr lang der Täuschung hingelassen, als ob sie die Wahl hätte zwischen zwei Möglichkeiten: der Bildung einer Mehrheit mit den Unabhängigen Sozialisten und einer anderen Mehrheit mit der Deutschen Volkspartei. Sie hat jetzt endlich einsehen müssen, daß keine andere Mehrheit als die große Koalition möglich ist und daß ihr nur noch die Wahl blieb zwischen reiner Parteipolitik, die auf den Wiederzusammenschluß mit den Unabhängigen hinausarbeiten möchte, und einer Kompromißpolitik, welche den außenpolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Hätte sich im Reichstag nicht noch in zwölfter Stunde eine Einigung über ein Programm vollzogen, das die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und die Aufbringung der Mittel für die Reparationsleistungen des Jahres 1922 sichert, so wären wir gleichzeitig in eine innere und in eine äußere politische Krise geraten.

Glücklicherweise ist das aber nun doch vermieden worden. Reichsanstler Dr. Wirth konnte daher am Donnerstag im Reichstag, nachdem die Sitzung zur Fertigstellung des Steuerkompromisses um 3 Stunden verschoben worden war, seine große politische Rede halten. Sie fangt zuversichtlich und fest und hob vor allem Deutschlands positives Programm der Erfüllung hervor. Bei nachdrücklicher Hervorhebung des deutschen Willens zur Verständigung und zum europäischen Wiederaufbau traf der Reichsanstler auch den Ton moralischer Festigkeit gegenüber unbedingten Forderungen. Das Programm der Regierung ist im Innern: Konsolidierung der Nation, im Außen: Erfüllung der uns von den Siegern auferlegten Verpflichtungen bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Gegenüber den Angriffen Poincarés betonte Dr. Wirth, Deutschland wolle jeder französischen Regierung gegenüber ehrliche Verständigungspolitik treiben und gehe mit dieser Absicht zur Konferenz von Genua. Des weiteren wies der Reichsanstler die Behauptung Poincarés, Deutschland habe noch nichts erfüllt, entschieden zurück, indem er unsere enormen Reparationsleistungen hervorhob. Des weiteren kam Dr. Wirth auf das französische Verlangen auf Auslieferung der sogenannten „Kriegsschuldigen“ zu sprechen und nahm das Reichsgericht in Schutz. Keine deutsche Regierung sei imstande, die Auslieferung der „Kriegsschuldigen“ durchzuführen und es werde sich auch keine finden, die es versuche. Der Kanzler verurteilte jede Machtpolitik und sprach die Hoffnung auf den Sieg des Rechts in der Welt aus. Im vollem Einvernehmen mit Lloyd George will der deutsche Reichsanstler für die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt tätig sein. Schließlich betonte Dr. Wirth noch das Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland, an dessen Wiederaufbau wir im Einvernehmen mit dem russischen Volke mitwirken wollen. Selbstverständlich verwarf der Kanzler nicht, Dr. Rathenau den Dank des deutschen Volkes für seine aufopferungsvolle Tätigkeit anzusprechen. Auch einen kurzen Wink des Steuerkompromisses zeichnete Dr. Wirth in seiner Rede, die zu den besten und eindrucksvollsten gehört, die er je gehalten hat.

Die größte innerpolitische Schwierigkeit ist nunmehr überwunden. Aber der weitere Weg wird noch manche Schwierigkeiten bieten. Dabei wird es sich weniger um die Art und das Ausmaß der Leistungen für 1922 oder um die Aufbringung der Mittel dazu handeln, als um die Auslegung, welche die Reparationskommission voraussichtlich dem Begriff der Garantien geben wird. Welcherlei und wie hohe Leistungen man von Deutschland erwartet, ist ja bereits bekannt, und es konnte bloß für die deutsche Regierung eine Frage sein — und es war tatsächlich für sie eine höchst verantwortungsvolle Überlegung —, ob sie eine höchst verantwortungsvolle Überlegung —, ob sie mit gutem Gewissen Leistungen in der durch die Beschlüsse von Cannes bestimmten Höhe anzubieten imstande sei, oder ob sie mit ihrem Angebot von den Beschlüssen von Cannes zurückgehen sollte, zu den für uns

günstigeren Vereinbarungen, die auf Grund der Darlegungen Rathenaus in London zwischen Lloyd George und Briand zustande gekommen sind. Für die Reparationskommission dagegen steht es fest, daß durch die Beschlüsse von Cannes eine Grenze gesetzt ist, über die sie mit ihren Forderungen nicht hinausgehen kann. Denn selbst wenn sich die französische Regierung — was wenig wahrscheinlich ist — auf den Standpunkt stellen wollte, daß die von Briand getroffenen Vereinbarungen seinen Nachfolger nicht verpflichten, so wären — bei einer Lage, über welche die Reparationskommission mit Stimmenmehrheit beschließen kann — doch alle anderen Regierungen an die Beschlüsse von Cannes gebunden und müßten ihre Vertreter in der Kommission demgemäß instruieren. Aber auch die Finanzierung der Reparationsleistungen für 1922 kann keine ungewöhnlichen Schwierigkeiten mehr bieten. Die Maßregeln, über die unter den Parteien der großen Koalition das Einverständnis erzielt ist, sichern außer der Bilanzierung des Reichsbudgets auch die Bezahlung der Sachleistungen, die in Papiermarken erfolgt. Strittig bleibt noch die Aufbringung der baren Zahlungsmittel, aber der Weg der äußeren Anleihe, die dafür neben der inneren Anleihe für die Sachleistungen kaum entbehrlich ist, war für uns nur verarmt, solange die budgetäre Unordnung und die Ungewißheit über die Entwicklung unserer Währung uns als kreditunwürdig erscheinen ließ. Der abschlägige Bescheid der Bank von England auf ein deutsches Anleiheprojekt lautet: „Unter den gegebenen Bedingungen.“ Die Steuerreform und die Zwangsanleihe sowie die Beseitigung des Defizits der Reichsbetriebe werden neue Bedingungen schaffen. Es fehlt nur die Zustimmung der Reparationskommission, um den Gläubigern einer äußeren Anleihe den Vorrang vor weiteren Reparationsforderungen einzuräumen, — dann würden, auch ohne Beteiligung Amerikas, die Finanzinstitute Großbritanniens und Frankreichs allein sicherlich die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Herr Poincaré ist, was er auch als Außenpolitiker sein mag, jedenfalls eine Finanzautorität. Wir glauben, er wird es wohl verstehen, daß die künftigen deutschen Anleihen ein gutes Geschäft sein werden und daß es nicht im Interesse der französischen Finanz ist, dieses Geschäft ganzlich den anderen zu überlassen. Früher, als man glaubt, dürfte uns jetzt, nachdem Dr. Wirth ein positives Programm Deutschlands entwickelt hat, eine englisch-französische Anleihe in Aussicht gestellt werden!

Der Verlauf der Sitzung.

Dr. Berlin, 27. Jan. (Ein Drahtbericht.) Als Reichsanstler Dr. Wirth am Donnerstagabend die Tribüne des Reichstags betrat, war er unbedingt Sieger. Es ist ihm, wenn auch nach hartem Ringen, gelungen, seine Kanzelschaft nicht nur zu halten, sondern noch zu festigen. Das Steuerprogramm ist akzeptiert, die Zwangsanleihe so gut wie bewilligt, und — wenn nicht alle Anzeichen trügen — ist die Deutsche Volkspartei bereit, das Kabinett Wirth nicht nur zu halten, sondern auch in das Kabinett einzutreten. Einer der bewährtesten und bestläufigsten deutschen Finanzleute, der frühere hessische Finanzminister und jetzige Abgeordnete Dr. Becker-Heßen (D. Vol.), dürfte die Leitung des Finanzministeriums übernehmen. Auch die Demokraten dürften in das Kabinett einrücken; es ist in der Tat ein großer Erfolg, den der Kanzler erzielt hat. Dieser Erfolg war aber nur dadurch möglich, daß diesmal die überwältigende Mehrheit des Reichstags den bitteren Ernst der Lage erkannte und alle kleinlichen Parteirücksichten beiseite schob. Die Garantien, die Deutschland der Entente in Anerkennung seiner nun einmal übernommenen Verpflichtungen jetzt erneut bietet, sind getragen von der großen Mehrheit des Reichstags, und die Politik des Reichsanstlers wird nach außen und innen, erst auf die vier großen mittleren Parteien des Reichstags, nunmehr eine ganz andere Resonanz finden.

Zu der Donnerstagssitzung waren natürlich alle Karten für die Zuschauertribünen lange vorher verarlistet und hart entzündet, makt die vor 3 Uhr Erschienenen wieder umfassen, da der Beginn der Sitzung auf frühestens 6 Uhr verschoben war. Aber die Strenge der zurzeit in Berlin herrschenden Kälte hielt die Werstlosen ab, um 6 Uhr pünktlich wieder zur Stelle zu sein. Auch die Abgeordneten waren vollständig erschienen, so daß Sitzungssaal und Tribünen das Geräusch eines großen Lautes aufwiesen. Die Ministerbänke waren lehrstuhlförmig alle besetzt.

Präsident E. B. eröffnete die Sitzung um 8.15 Uhr und erteilte sofort dem Reichsanstler das Wort.

Reichsanstler Dr. Wirth

Wirth aus: Als die Regierung in ihrer letzten Zusammenkunft am 26. Oktober mit einer Programmklärung vor den Reichstag trat, vertrat ich namens des Kabinetts die Meinung, daß die innere und auswärtige Politik, die wir seit Mai 1921 eingeschlagen hatten, in ihren Grundlinien auch in der neuen Lage fortzuführen werden müßte, welche durch die unglückliche Entscheidung des Obersten Rates über Oberkasseler geschaffen worden war. Im Mittelpunkt aller Probleme steht

die Reparation.

die eine Frage sowohl der äußeren wie der inneren Politik

ist. Die höchste Konzentration aller Regierungsarbeit wird dafür erforderlich sein. Gerade dieser Kardinalfrage der Reparation hat in den letzten Wochen die hauptsächlichste Arbeit und Sorgfalt der Regierung geschenkt. Entsprechend ihrem Programm der Leistungen richtete die Regierung im Dezember, nachdem festgestellt war, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Barleistungen aus laufenden Mitteln nicht bezahlt werden konnten, an die Bank von England das Erlauchen. Deutschland die Zahlung einer langfristigen Anleihe oder durch entsprechende kurzfristige Darlehen zu ermöglichen. Dieses Geluch ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß unter den Bedingungen, die zurzeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands beherbergen, ein Kredit in England nicht erhältlich sei. Damit war zum erstenmal aus den Reihen unserer damaligen Gegner festgestellt worden, daß die Leistungen, die Deutschland auferlegt wurden, keine Kreditwürdigkeit vernichteten. Die Folge war ein Geluch an die Reparationskommission um Stundung der fälligen Barzahlung. Dieses Geluch ist in Cannes dahin beantwortet worden, daß die Zahlungen unter einer gewissen provisorischen Regelung gesichert wurden und daß die endgültige Beschlusfassung über eine Änderung des Zahlungsplans für 1922 auf Grund eines von der deutschen Regierung innerhalb 14 Tagen vorzulegenden Reformprogramms erfolgen sollte. Dieses Programm wird morgen der Reparationskommission übergeben werden.

Der Reichsanstler sprach sodann Herrn Dr. Rathenau Dank aus für seine aufopfernden Bemühungen, bei der Entente eine vernünftige Regelung unserer Verpflichtungen herbeizuführen und fuhr fort: In

Cannes

ist es uns zum erstenmal gelungen, in freier Weise und anders als in einem Verhör die wahre Lage Deutschlands vor einer Konferenz auseinanderzusetzen, auf die die ganze Welt blickte. Deutschland ist auch zu einer weiteren Konferenz eingeladen, auf der insbesondere die Frage der Errichtung Rußlands und Mittel-Europas aus der wirtschaftlichen Notlage beraten werden soll. Wir werden nach Genua gehen mit offenem Blick, mit dem Ziel der Wiederherstellung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Der französische Kabinettswechsel ist, als der Reichsanstler weiter betonte, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt als ein Symptom dafür angesehen worden, daß der Wiederherstellung eines dauernden politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Rückschläge drohen können. Die deutsche Politik hat aber stets die Haltung eingenommen, die sich aus dem ertlichen Friedenswillen und der klaren Erkenntnis der realpolitischen Machtverhältnisse ergab, um den Interessen Frankreichs so weit Befriedigung zu verschaffen, wie dies nur irgendwie in unserer Macht liegt.

Poincaré

hat im Senat und in der Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingezeichneten Verpflichtungen zu erfüllen und die Schäden wieder gut zu machen, damit Frankreich die sieben Milliarden anrüderlatter bekomme. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut widersprechen. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatus Barleistungen von 1108 Millionen Goldmark und Sachleistungen von 190 Millionen Goldmark abgeführt. Dazu treten die im Clearing-Verfahren seit Friedensschluß abgeführten 500 Millionen Goldmark. Hinzu kommen weiter die vor dem Ultimatum getätigten Leistungen Deutschlands, die Ablieferung der Handelsflotte, der Postamtungen und Eisenbahnwagen der Seelabel usw. Poincaré sagte weiter, Deutschland habe nichts leisten wollen. Wir besinnen in der Rede des Herrn Poincaré gegenüber der deutschen Finanzverwaltung und Wirtschaftsführung allen den Vorwürfen, die auf

einer völlig verkehrten Auffassung der ökonomischen Grundlagen

der deutschen Entwicklung in der letzten Zeit beruhen. Unsere Rechtserwartungen und Auffassungen haben in letzter Zeit manches erreicht, die Normen Poincarés aber machen den Eindruck, als ob wir in Frankreich tauben Ohren gegenüber hätten und man uns dort nicht hören wolle. Wir werden in Genua Gelegenheit finden, den beherrschenden Irrtümern entgegenzutreten. Ziel wird davon abhängen, wie diese unsere Darlegungen wirken werden, mehr noch aber davon, ob die französische Regierung überhaupt bereit ist, sie anzunehmen zu lassen. Wenn Poincaré vertritt, Frankreich werde sich nicht vom Geiste der Nachdruck und des Hasses und des Egoismus leiten lassen, so wird es schwer sein, in Deutschland für einen solchen Optimismus zu werden angesichts der Haltung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der sogenannten

Kriegsschuldigen.

in der er den Standpunkt einnimmt, daß die Überlassung weiterer Fälle zur Aburteilung durch das Reichsgericht zu keinem zweckmäßigen Resultat führen könne und daß die Anklagen den allierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern seien. Der Vorwurf der Parteilichkeit des Reichsgerichts muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Nicht nur Angehörige neutraler Staaten, auch die Mitglieder der englischen Delegation haben diese Unparteilichkeit wiederholt ausdrücklich betont. Wie Deutschland seinerzeit ähnlich unmöglich die verlangte Auslieferung ausführen konnte, so wird auch die Auslieferung im vierten Jahre nach Beendigung des Krieges unmöglich sein. Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die französische Regierung diese Frage der sogenannten Kriegsschuldigen und auch andere Fragen sowie die angeblich noch nicht durchgeführte Entwaffnungsaktion dazu benutzen will, um von neuem

das Entzern der Garantien und Sanktionen

anzuwenden. Wir werden diesem Programm der französischen Regierung ein positives Programm entgegenstellen, von dem ich hoffe, daß es die öffentliche Meinung auch in Frankreich allmählich aufklären wird. Das Wichtigste in diesem Programm ist der baldige vollständige Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, wozu ich schon mein Amtsvorgänger im April vorigen Jahres, freit erklärt hat. Daraufhin ist zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur das sogenannte Wiesbadener Abkommen zustande gekommen.

Deutschland ist bereit, unbefürchtet um die bisher entstandenen Minderheiten und Verhältnisse das Seine zu tun. Eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage ist nicht denkbar, ohne daß die Brücke des Wiederbaues Frankreichs dabei in den Vordergrund gerückt wird. Wenn wir in der Wiederbauforderung und den anderen Problemen bereit sind, den französischen Interessen Gerechtigkeit zu geben, so tun wir dies in der Erwartung, daß damit Deutschland die Befriedigung genommen werde, die es bisher in Bezug auf hostile

Freiheit und Unverletzlichkeit seiner Grenzen

von der französischen Politik befürchten mußte. Zur innerpolitischen Seite des zentralen Problems der Reparationen übergehend, befragt der Reichskanzler nunmehr die Steuergelehrten und das jetzt aufstrebende Steuerkomitee mit den Änderungen, die durch im vorläufigen Steuerprogramm notwendig werden, und führt dann fort: Im Hinblick auf dieses große Geschäftswesen wird bei den künftigen Steuern geprüft werden, ob und inwieweit sie der Geldwertminderung auszuweichen sind. Ich nehme das Wort des englischen Premierministers vom internationalen Vertrauen auf als ein großes politisches Bekenntnis, indem ich darauf hinweise, daß auch das deutsche Volk, die deutsche Demokratie die Forderung nach Vertrauen erhebt mit Rücksicht auf das, was es bisher geleistet hat. Die Welt will den Frieden. Die Völker wollen den Weg frei haben für

neue Aufbaubarbeit.

Das wirtschaftliche Elend der Besiegten freibt weiter und rückt sich aus zu einer großen wirtschaftlichen Weltkrise. Alle Staatsmänner wissen, daß die Weltwirtschaft unter ökonomisch untragbaren Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nicht bestehen kann. Unrichtige Einstellung der Reparationsaufgabe muß unausweichlich zu großer Not der Reparationsbesiegten in weiten Teilen der Welt führen. Welcher Weg aber bleibt zur Rettung aus dieser Not der Welt? Der Weg kann nur führen durch das Tor eines wahren dauerhaften Friedens. Dieser wird nur erreicht auf dem Weg der Verständigung, auf dem Weg der wirtschaftlichen Vernunft. Nun müssen die Männer der Wirtschaft, nachdem die politische Unmöglichkeit sich geklärt und gereinigt hat, beraten und versuchen, zu dem einen Ziel eines wahrhaften Aufbaues und damit des Völkerfortschritts zu kommen. Der Wiederaufbau Frankreichs, dem auf der Konferenz in Genoa besonderes Interesse zugewandt wird, kann nur im Einklang mit Rußland durchgeführt werden. Wir würden die größten Bedenken haben gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie betrachtet und behandelt wissen wollte.

Der Reichskanzler gedachte sodann des verstorbenen Papstes in dem Deutschland und die ganze Welt einen großen Völker- und Menschenfreund und vor allem einen Förderer des Friedens verloren habe. Er erinnerte sodann an ein Wort des Papstes, das er während des Krieges ausgesprochen: Sollte die ganze zivilisierte Welt nunmehr endlich Frieden finden, sollte Europa, so ruhmreich und so blühend, wie von einem allgemeinen Wahnwitz fortgerissen, sich in den Abgrund in selbstmörderischer Unachtstürzen lassen? — Auch heute gelte noch der Ruf:

Gibt der Welt den wahren Frieden!

Wir haben den guten Willen gezeigt, wir werden ihn dauernd beweisen im Vertrauen darauf, daß uns die Berechtigung für die gerechte Würdigung in der Welt nicht verläßt werden kann!

Stürmisch sich wiederholender Beifall dankte dem Reichskanzler für seine Ausführungen. Darauf erteilte Graf Helldorf (D.Nat.) das Wort, um in längeren Worten Ausführungen gegen den Reichskanzler zu polemisieren.

Nach diesem einzelnen Redner vertagte sich das Haus auf Freitag.

Berliner Pressestimmen.

W.T.B. Berlin, 27. Jan. Die gestrige Rede des Reichskanzlers wird von der Mehrheit der Berliner Morgenblätter als ein parlamentarischer Erfolg Dr. Wirths bezeichnet.

Die „Politische Zeitung“ sagt: Die sehr eingehende Besprechung des Kanzlers gegen die Realisationsklärung Poincarés war im Ton sehr maßvoll, in der sachlichen Antwort aber sehr bestimmt. Mit Bezug auf die Erklärung des Kanzlers, daß die deutsche Regierung jeder französischen Regierung gegenüber die gleiche Politik betreiben werde, die darauf hinausgehen müsse, die Interessen Frankreichs so weit zu befriedigen, als es nur immer möglich sei, schreibt das Blatt: Wir hoffen, daß diese Erklärung in Frankreich Widerhall finden wird. Die Ausführungen des Kanzlers verdienen es, daß nunmehr endlich die ruhige Überlegung der Völkervertreter in den Vordergrund tritt gegenüber der leidenschaftlichen Erregung und den parteipolitischen Interessen der Nicht-als-Politiker. Auch die „Germania“ schließt an die Bemerkung des Reichskanzlers an, daß die Politik Dr. Wirths die Befriedigung der Interessen Frankreichs sicherstelle, so weit dies in Deutschlands Macht liegt und führt fort: Mehr hat der Friedensvertrag nicht verlangt, mehr kann

auch Frankreich nicht verlangen; um so größer aber ist unser Recht, auf diesem Gebiete die Anmerkungen unserer tatsächlichen Leistungen zu verlangen. In dieser Beziehung hat Dr. Wirth eine Feststellung der Sprache gemacht, die aus neuer Beweise, daß die Politik der Erfüllung nichts weniger ist als eine Politik der Schwäche sans phrase. Wahrheit und Recht sind unsere einzigen Waffen gegenüber dem Gegner, die zu gebrauchen wir uns keinen Augenblick zu scheuen haben. Man redet mit allem Recht so viel von der weltwirtschaftlichen Vernunft, die nun endlich in den internationalen Beziehungen die Oberhand gewinnen müssen. Die finanziellen Anstrengungen, die wir nun machen, beweisen jedem, der leben will, daß Deutschland keineswegs ein Hindernis, sondern geradezu ein Pionier auf dem Wege dazu ist.

Der „Vorwärts“ führt in der gestrigen Rede des Reichskanzlers aus, daß die Besetzung Dr. Wirths gegenüber dem neuen französischen Kabinett Krenig im Rahmen des Sachlichen geblieben ist und der Möglichkeit einer weiteren Verständigung nicht die Tür verriegelt hat. Was in den Reihen der Sozialdemokratie angenehm berührt, der Kanzler lenkte sich in sachlich gewählten Wendungen sehr richtig mit dem Wollen der Erfüllungspolitik auseinander, die nicht die Erfüllung der Londoner Finanzdikates behauptet, sondern im Gegenteil durch einen sachlichen Erfüllungsvorstoß keine tatsächliche Unerfüllbarkeit beweisen will.

Die „Freiheit“ meint: Es ist im wesentlichen die Politik, die wir bisher stets in ihrer Grundtatsache gefordert haben, eine Politik der Offenheit, Ehrlichkeit und des gesunden Menschenverstandes. Die Enttäuschungen Dr. Wirths auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten waren schädlich und wertlos.

Die „Zeit“ nennt die Abrechnung des Reichskanzlers mit den Unrichtigkeiten Poincarés sehr milde und vorzüglich in der Form, aber vernichtend in der Sache. Es werde der französischen Presse schwer fallen, Mißbilligung Gründe gegen die Ausführungen Dr. Wirths vorzubringen.

Selbst der Berliner Lokal-Anzeiger, der im Abgange an der Rede mancherlei auszusuchen hat, betont, daß die Rede Dr. Wirths auf die Erklärungen Poincarés, so weit sich diese auf Gegenwart und Zukunft bezogen, eine ausreichende Antwort erteilt habe.

Das Echo in Paris.

W.T.B. Paris, 27. Jan. Zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers schreibt der „Petit Parisien“: Die Worte, daß Deutschland nicht mit einem Dolch im Gewande nach Genoa gehe und daß es sich nicht seinen Reparationspflichten entziehen wolle, hören man gern. Der Reichskanzler müsse jedoch begreifen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs zu rückhaltend bleibe und die Taten abwarten. Das Abkommen von Wiesbaden, das Frankreich Naturalisierungen geben solle, sei noch immer ein toter Buchstabe. (Das Abkommen von Wiesbaden ist durch die Alliierten bis jetzt nicht ratifiziert worden, da Verhandlungen über dessen Abänderung (Löhne) die Reichstag heraufziehen werde, werde sicher nicht genügen, um die Sachlieferungen zu bezahlen und die Geldschulden aufzubringen, die für das Jahr 1922 erwartet werden. Der „Vorwärts“ sei es gewesen, der von dem Mißstand der deutschen Schwerindustrie gegen die Reparationspolitik gesprochen habe. Selbst nach den letzten Monaten läßt sich die deutsche Regierung erfolglosen Anstrengungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, bevor nicht durch Verhandlungen festgestellt sei, daß es ihr gelingen sei, diesen Widerstand zu brechen, und daß Deutschland wirklich entschlossen sei, seinem Kanzler zu folgen.

Das Steuerkompromiß.

W.T.B. Berlin, 26. Jan. Die interfraktionellen Besprechungen zwischen den am Steuerkompromiß beteiligten bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie führten zu einer Einigung dahin, daß die Zwangsanleihe in den ersten zwei Jahren unverzinslich sein soll, obwohl die Regierung 1 Prozent sofort wünschte, um dem Papier die Lombardfähigkeit zu geben. Später stimmte die sozialdemokratische Fraktion auch dem Teil des Steuerkompromisses zu, der sich auf die Umsatzsteuer und die Rohlensteuer bezieht und räumte damit den letzten Streitpunkt aus dem Wege. Es bleibt bei einer Umsatzsteuer von 2 1/4 Prozent mit Einschluß der Genossenschaft und bei einer Rohlensteuer von 40 Prozent.

Der deutsche Zahlungsplan.

Br. Berlin, 27. Jan. (Eia. Drahtbericht.) Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten tritt heute vormittags 11 Uhr zusammen, um über die Note über den Zahlungs- und Garantienplan zu beraten, die heute abend oder morgen früh in Paris überreicht werden soll.

während der Wahl von der Kirche St. Apolloni zum Vatikan zog und dort haarte, ob schon der neue Herr gewählt worden sei, und dann, wenn die Antwort negativ ausfiel, desselben Weges unter Anrufung des heiligen Geistes und dem Gesang „Veni Creator Spiritus“ zurückkehrte. Seit 1870 fällt auch der feierliche Transport der Speisen an die eingeschlossenen Kardinalen fort, der stets Gelegenheit zu pompastischen Aufzügen gab.

Nach der Neuordnung der Dinge hat man in jedem Konklave im Vatikanpalast selbst eine Küche eingerichtet, so daß sich die Purpurwähler nicht mehr das Essen bringen zu lassen brauchen. Von dieser Küche machte 1878 aber Kardinal Hohenlohe nicht Gebrauch, er zog es vor, am alten Brauch festzuhalten. Im Jahre 1903 wußte auch der Kardinal Bassano von diesem Brauch ab, weil man ihm nicht gestattet hatte, keine ungarische Köchin mit in den heiligen Verklusel mitzunehmen, und so wurde auch ihm das Essen auswärts zubereitet. Nach einer alten Chronik verließ ein solcher Speisentransport folgendermaßen: Die Diener der Kardinalen holten die Mahlzeit in dem Galawagen ihrer Herren ab. Begleitet aber wurden sie vom „Oberkellereis-Diener“, der mit seinem Kopf für die Giffreiheit des Essens bürgte. Er folgte mit anderen Lakaien in anderen Wagen, so daß jeder Kardinal einen eigenen Festzug hatte, den „porta-pranzo“. Das Diner befand sich in einem Korb oder Blechtopf, die mit einem violetten Tuch bedeckt waren, wenn der betreffende Kardinal von dem letztverstorbenen Papst ernannt worden war, mit einem grünen, wenn ihn einer von dessen Vorgängern ernannt hatte. So fuhr man mit langamer Feierlichkeit bis zum Konklaveort, gewöhnlich dem Quirinalpalast, und nun bildete sich ein neuer Zug. Voran gingen zwei Lakaien, die Stäbe mit dem Wappen des Kardinals trugen, deren Farbe wieder entweder violett oder grün waren. Ihnen folgte ein „Massiere“, ein Diener, der eine silberne Keule mit dem Köpfchen nach unten trug. Darauf kam der Speiseträger, die Serviette auf der Schulter und links und rechts gefolgt vom Kellereisdiener und dem Mundschneid. Den Schluss bildeten die Küchendiener, die die Schüsseln aus Silber und die Zuckertöpfe trugen. An einer der vier Dreiecksseiten (Küche), an denen der Verkehr mit der Außenwelt gestattet war, empfingen den Zug die mit ihrem Kardinal eingeschlossenen Begleiter, die sog. Konklavisten, nahmen die Speisen in Empfang und überreichten sie den Tüchleutern, meist höheren Geistlichen, die unterzogen, ob in den Gerichten keine Zettel oder Briefchen versteckt waren. Solche Einschmuggelung ist streng verboten, und auch heute noch ist die Vorherrschaft des Papstes über die Konklave, die die strengste Überwachung aller Dinge anstellt, die in den abgeschlossenen Konklaveräumen eingebracht werden.

Der Reichsverkehrsminister über den Beamtenstreik.

W. T. B. Berlin, 27. Jan. Die Anweisung des Reichsverkehrsministers an die Reichsbahnbehörden in der Frage des Beamtenstreiks lautet: Nach Zeitungsberichten: befehligt der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, der Reichsregierung Forderungen vorzulegen unter Stellung einer Frist, nach deren Verstreichen Ablauf die Beamtenhaft zum Eintritt in den Streik aufgefordert werden soll. Ich habe die Reichsgewerkschaft gefragt, ob die Nachricht zutrifft, und habe mich veranlaßt, folgende Antwort zu geben: Jeder Eisenbahnbeamte ist verpflichtet, seine volle Kraft einzusetzen für den Dienst insbesondere für die sichere und geordnete Bewältigung des Betriebes und des Verkehrs. Gegen diese Pflicht vertritt nicht nur, wer ohne begründete Entlassung vom Dienst fern bleibt, sondern auch, wer Arbeiten nicht ausführt, die seiner Dienststellung gemäß ihm obliegen oder von der zuständigen Stelle aufgetragen werden. Jede willkürliche Dienstverweigerung ist eine Verletzung der Amtspflicht gegenüber den Vorgesetzten. Sie ist als Dienstvergehen strafbar. Gleichwie das Reich nicht in der Lage ist, das Anstellungsverhältnis eines Beamten unter Außerachtlassung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu lösen, kommt auch den Beamten ein Recht auf Arbeitsverweigerung nicht zu. Gegen Beamte, die dieser Warnung entgegen ihre Pflicht verletzen, soll unbeschadet der Bestimmungen des § 14, Absatz 3, des Reichsbeamtengesetzes die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens und im Verlaufe Enthebung vom Dienst alsbald herbeigeführt werden.

Der in der Anweisung des Reichsverkehrsministers erwähnte § 14, Absatz 3, des Reichsbeamtengesetzes entzieht dem Beamten für die Zeit einer unerlaubten Entfernung vom Dienst sein Dienstverhältnis. Die Reichsbahnverwaltung weiß im übrigen, daß sich die Beamten, die einem Streik zugeneigt sind, der Zahl nach durchaus in der Minderzahl befinden. Die in dem Erlass des Reichsverkehrsministeriums erfolgte Klarstellung der Rechtsverhältnisse wird aber, wie man hoffen darf, auch diejenigen Teile der Beamtenschaft, deren Haltung zurzeit schwankend ist, zur Besonnenheit zurückführen.

Um die Brotpreiserhöhung.

Br. Berlin, 27. Jan. (Eia. Drahtbericht.) Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschloß heute mit dem Reichslandwirtschaftsminister die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise mit Wirkung vom 18. Februar ab. Nach längerer Debatte wurde eine Entschliebung angenommen, die u. a. folgendes besagt:

Der Beschluß des Reichskabinetts, auf Herabsetzung der Mehl- und Brotpreise zu verzichten, ist durch die Forderungen der Vertreter der Entente veranlaßt worden. Es war unter den obwaltenden Umständen unvermeidlich. Der Ausschuss fordert indessen die Regierung auf, dahin zu wirken, daß Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Lohn- und Renten-Empfänger in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreiserhöhung in ihrer vollen Auswirkung zu ertragen.

Die Entschliebung wurde mit 12 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Verhandlungen über den Kontrollauschuß.

Br. Berlin, 27. Jan. (Eia. Drahtbericht.) Wie der „S. P. A.“ erzählt, werden die Herren v. Trendelenburg und v. Helldorf in Koblenz eintreffen, um im Namen der deutschen Regierung mit der Interalliierten Rheinlandkommission Verhandlungen über die Errichtung eines Kontrollauschusses aufzunehmen, der die gegenwärtige Kontrollstelle in Elmsrieden ersetzen soll. In der ersten Sitzung sollen nähere Richtlinien festgelegt werden.

Poincarés Bedingungen für den Vertrag mit England.

D. Paris, 27. Jan. (Eia. Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Times“ befragt sich mit der Frage des englisch-französischen Garantie-Vertrages. Es steht fest, daß die französische Regierung für den Schutzvertrag eine Dauer von 30 Jahren vorschlägt. Der Vertrag solle den Charakter der Gegenseitigkeit tragen und sich nicht nur auf das französische Gebiet, sondern auch auf die neutrale Rheinzone beziehen. Die französische Regierung verlangt ferner ein festgelegtes Einvernehmen zwischen den französischen und britischen Generalstäben und wünscht außerdem, daß man sich auf beiden Seiten über den Beifall offener Herausforderung einigt. In zweiter Linie solle abgesehen der territoriale Status des Friedensvertrages sichergestellt werden. Wenn er bedroht werde, müßten sich sofort Frankreich und England über die einzuschlagende Haltung verständigen. Sie könnten dann auch das Eingreifen des Völkerbundes verlangen.

Zu den Brunklabrien gehörte auch die feierliche Aufahrt der Geländen, die den Kardinalen die Antwort ihrer Souveräne auf die Anzeige des Todes des Papstes bringen mußten. Die Politik gestaltete diese Auffahrten zu politischen Akten ersten Ranges, weil jeder Gelände den anderen durch Komposition überbieten wollte, um so die Macht seines Staates zu zeigen und dadurch Eindruck auf die wählenden Kardinalen zu machen. Im 17. Jahrhundert hatte sich ein solcher Festzug der Geländen derart zusammen, daß zuerst ein Vizeoi Solaten kam, dann der für die Gelegenheit restaurierte Galawagen des Geländen, dann zwölf bis fünfzehn Wagen für das Gefolge und die Dienerschaft, denen die natürlich leeren Brunklabrien der Kardinalen folgten. Oft schloßen sich auch die Brunklabrien der mit dem Vatikan verbundenen Prinzipale an, eine Abteilung von Solaten befehligte den triumphalen Zug. Die Vorbereitung eines solchen Festzuges dauerte oft Jahre, und in den Berichten der Diplomaten liest man oft, daß einzelne Geländen schon kurz nach der Ernennung eines Papstes die Kosten für die Brunklabrien ausgaben für den Fall des Todes des kaum zur Herrschaft gelangten Pontifex verlangten, weil sie gehört hätten, daß auch ihre Kollegen schon große Kredite forderten. Die letzten Brunklabrien diplomatischer Art fanden in den Konklaven statt, aus denen Pius VIII., Leo XII. und Gregor XVI. hervorgingen.

Selbstverständlich bedauern die bekannten „Ältesten Leute“ von Rom das Ausgehen der alten Moden der Papstwahl, obgleich sie die meisten auch nur vom Hörensagen kennen; denn solcher Pomp und Prunk brachte Geld unter die Leute, und gegen solch eine nützliche Einrichtung hat auch der jüngste Römer überhaupt das wenigste einer Papstwahl. Das Publikum veranlaßte förmliche Betteln mit Hilfe von Buchmachern, gegen die schon Pius IV. 1562 vorging. Freilich wurde diesem Unwesen in der neuen Zeit gezwungen.

Die Begleiter der eingeschlossenen Konklavisten hatten sich schon in der Renaissance zu einer Gewerkschaft vereinigt, die darauf ausging, das alte „Donatium“ zu sichern, das, wie einst die römischen Kaiser der späteren Zeit ihren Prätorianern, so der heilige Kardinal allen Konklavisten zahlen mußte. Diese Konklavisten hatten sogar das Recht, gleich nach der Wahl die Zelle des neu gewählten Papstes zu plündern, bis ein Konklavist die Klausel durchdrachte, daß jeder aus der Sippe der „Realeiter“, dessen Herr Sieger war, sich verpflichten mußte, an die gemeinliche Gewerkschaftsstelle 1500 Dukaten zu zahlen. Alexander VIII. verbot übrigens diese Plünderung erst als einmal. Die Konklavisten hatten auch das Recht auf eine lebenslängliche Pension, auf neue

Aus der Geschichte der Konklave.

Von Dr. L. Rubin.

Eine Papstwahl kann heute nicht mehr die Pracht und den Pomp zeigen, den sie in früheren Jahren hatte, als Rom noch die Hauptstadt eines selbständigen Kirchenstaates war. Die politische Umwälzung von 1870 hat auch bewirkt, daß das Konklave sich nicht mehr als feierliche, hinter verschlossenen Türen abspielende und alle die feierlichen Festzüge und Auffahrten unterließ, die das Ereignis zu einem malerischen Fest gestalteten. Freilich sind zugleich manche unerfreuliche Begleiterscheinungen einer Papstwahl mit der Zeit verschwunden. So kann es nicht mehr vorkommen, wie im Mittelalter, daß das Volk nach Bekanntwerden des Todes eines Papstes zum heiligen Palast, der damals der Lateran war, zog, um sich durch Plünderung einen Teil des Reichtums zu holen. Auch können nicht mehr die von den einzelnen Parteien organisierten Demonstrationen des Volkes vorkommen, die dazu bestimmt waren, einen Druck auf die Abstimmung hervorzurufen. Überhaupt wird auch die Sedisvakanz nicht mehr zu einer Art Festzeit für das niedere Volk, das es sich zumute machte, da keine Geistlichen und zugleich weltlichen Obern durch die Papstwahl abgelenkt wurden und so die Zügel der Herrschaft nicht so leicht angingen. Im Mittelalter und der Renaissancezeit war des Interesses, des „Camerlengo“ erste Idee daher, sofort bei dem Eintritt der Sedisvakanz für die Sicherheit der Stadt zu sorgen, indem er die Wachen in der Engelsburg und in der ganzen eigentlichen Papststadt, der „Città Leonina“, zu verstärken und die Engelsbrücke durch die päpstliche Familie Mattel, die dazu das Privileg hatte, sperren zu lassen befohl. Diese Brücke, die einzige, die zum Vatikan führte, durfte dann nur nach vorhergegangener Medaille passiert werden, die der Camerlengo prägen ließ. Außerdem mußte während der Konklavezeit jeder Bürger ein Licht zur Nacht an sein Fenster stellen; denn mit der Straßenbeleuchtung in Rom stand es zu jenen Zeiten sehr schlimm. Die letzten Unruhen, die sich trotz aller Vorkehrungsmaßregeln dennoch ereigneten, verursachte die Chronik von 1829 und 1831. Im ersten Jahre stürzte das Volk nach dem Tod Pius XII. alle Knebel, weil der strenge Papst zu seinen Lebzeiten anordnet hatte, daß sie durch Verklöster abgeteilt würden, die nur einen Stedtrunk erlaubten. 1831 plante aber nach Pius VIII. Tode vor dem Vatikanportal eine Bombe, und sieben Tage später eine Verurteilung.

Aber mit den Ausschreitungen sind auch, wie gesagt, die malerischen Aufzüge und Prozessionen fortgefallen, die das Stadtbild so schön belebten. Die berühmteste Prozession war die des römischen Welt- und Ordensklerus, die jeden Tag

Die Parteien zum preußischen Haushalt.

Br. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Im preußischen Landtag fand am Donnerstag die allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan für 1922 statt.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärte, die Gesamtverwaltung brauche einen neuen Aufbau. Die Grundsteuer hätte schon längst durchgeführt sein müssen. Die Erfüllungspolitik müßte mit allen Kräften fortgeführt werden.

Abg. Wallraf (D. N.) meinte, in der Frage der Verwaltungsreform müßte mit der Städte- und Gemeindeverordnungsreform begonnen werden. Der landwirtschaftliche Zwangswirtschaft müßte ein Ende gemacht werden.

Abg. Dr. Sager (Ztr.) war der Ansicht, der Ertrag der Domänen müßte gesteigert werden, vor allem durch Erhöhung der Pachtpreise. Der Verarbeitete müßte nach kaufmännischen Grundsätzen rentabler gehalten werden. Die wichtigste Forderung seiner Partei sei aber die der Konfessionsfreiheit. Es müßte eine Verminderung des Beamtenapparates verlangt werden.

Abg. Leide (U. S.) ging auf das Gebiet des Justizwesens über, wo er vergeblich eine Reform zu entdecken suchte. Abg. Dr. v. Campe (D. N.) führte aus: Der Umstand, daß der Staat nur auf das Diebstahl des Friedensstandes abzielen sei, sei eine der größten Schandflecken.

Der Kommunist Kopp verlangte härtere Veranlassung des Staates zur Steuerleistung und sagte der Regierung scharfe Kampfsprüche.

Der frühere Staatsminister Abg. Oeser (Dem.) erklärte, in der Steuererleichterung neuer Wohnbauten sollte man weiter gehen als bisher, weil dadurch ein Anreiz zu Neubauten geschaffen würde. Der finanzielle Erfolg der Tarif- und Zölle sei im höchsten Maße zweifelhaft. Die wirtschaftliche Wirtung würde sich in den nächsten Monaten zeigen. Was die Reparationen betreffe, so gelte es, durch bewußte Erfüllung den Nachweis zu erbringen, daß der Vertrag von Versailles ungerecht sei.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitagvormittag 11 Uhr.

Die Beihilfe für Sozialrentner abgelehnt.

W. T. B. Berlin, 27. Jan. Der Finanzausschuss des preußischen Landtags hat den Antrag Christianas (U. S.) abgelehnt, für Sozialrentner als Beihilfe zur Steuerverminderung der herrschenden 100 Millionen Mark beizubehalten. In der Aussprache wies der Reaktionsvertreter darauf hin, daß damit auf den einzelnen 64 M. entfallen würden, womit auch nicht geholfen wäre.

Die Beilegung des Papstes.

Rom, 27. Jan. (Havas.) Gestern nachmittags 4 Uhr hat die Beilegung der Leiche des Papstes Benedikt XV. in der Gruft des Vatikans gemäß dem letzten Willen des hl. Vaters stattgefunden. Die Beilegung der Leiche war bei der Überführung von Offizieren der Kavalgarde umgeben. Unmittelbar dahinter folgte Kardinal Mercati als Exorzist der Basilika, dann schlossen sich die Prälaten, die päpstlichen Würdenträger, der Kommandant der Kavalgarde, umgeben von all seinen Offizieren, an. Die Kardinalen erwarteten den Trauerzug im Chor, ebenso die Führer der diplomatischen Missionen, für die Plätze reserviert waren. Als die Leiche in die Chorkapelle gebracht wurde, erhoben sich alle Anwesenden. Der Chor sang das Miserere, worauf Kardinal Mercati die Absolution erteilte. Die Leiche wurde, nachdem vom Totenbett genommen und im ersten Sarg niedergelegt. Der Archivar des Kapitels verlas das Protokoll der Zeremonie, während der Prälat des hl. Vatikans mit zwei wirklichen Schweißbüchern das Gesicht und die Hände des Papstes bedeckte. Darauf wurde der erste Sarg geschlossen, sodann der zweite und der dritte Sarg, deren Einfassung verziert und verkleidet wurde. Mittels eines Gerüsts wurde dann der Sarg in die Krypta hinaufgehoben. Der Exorzist und die Domherren flogen zur letzten Absolution hinunter und der Sarg wurde in das Grab gesetzt, das sich in der Nähe der Gräber des Papstes Innocenz XIII. und der Äbtissin Christina von Schweden befindet.

Abreise der deutschen Kardinalen zur Papstwahl.

Br. München, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Kardinalen Dr. Faulhaber, München, Dr. Schulte-Köhn und Dr. Bertram-Breslau sind heute vormittags von München aus nach Rom zur Papstwahl abgereist.

Nikkitritt der österreichischen Regierung.

D. Wien, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Rat der Nationen hat gestern mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Großdeutschen den Vertrag von Vra angenommen. Heute wird der Vertrag von Vra ratifiziert. Bundeskanzler Dr. Schöber hat dem Bundespräsidenten die Demission des Kabinetts überreicht. Bereits morgen soll die Neubildung des Kabinetts vorgenommen werden. Allgemein rechnet man damit, daß Dr. Schöber auch an der Spitze des neuen Kabinetts stehen wird.

Equipierung und auf Verteilung unter sich von allen Baumaterialien, Stoffen, Möbeln, Geräten und Lebensmitteln überlebten, die man zum Konflikt benutzte hatte.

Unter diesen Umständen kann sich jeder selbst ausrechnen, wie die Kosten eines Konflikts, besonders wenn es längere Zeit dauerte, in die Höhe schweben. Obgleich man im 19. Jahrhundert die meisten Kriege abgehandelt hatte, kostete die Wahl von Leo XIII. immer noch 465 000 Franken, die von Pius VIII. 680 000, die von Gregor XVI. 675 000 Franken. Das Konflikt von Leo XIII. das er selbst als Camerlengo geleitet hatte, war hingegen sehr billig, es kostete nur 150 000 Franken. Aber selbst Leo XIII., der gegen alle Mißbräuche gewarnt hatte, war gezwungen, sich den Traditionen zu fügen; denn für seine Wahl zahlte er Tringelöser in der Höhe von 15 000 Franken und gab jedem Konfliktisten eine Jahres Pension von 116 Lire sowie dem Beamten der „Dataria“ ein solches Jahresgehalt als Gnadenbescheid. Das schien den anderen zu wenig. Auch die Schweizer Soldaten empörten sich, weil man ihnen ihr vertriebenes Tringelöser für das Korps im Betrag von 500 Franken enthielt, und der päpstliche Architekt, der den Konflikt von Pius IX. erbaut hatte, forderte dafür nicht nur die früher üblichen 5000 Lire Tringelöser, sondern auch Gehaltsverhöhung und drohte zu entweichen mit einem Prozeß vor den italienischen Gerichten, daß Leo XIII. nachgeben mußte.

Aus Kunst und Leben.

• Eine Erinnerung an den Komponisten des „Mikado“. Der britische Schauspieler Linton, der sich besonders als komischer Darsteller in Operetten einen großen Ruf erworben hat, veröffentlichte seine Erinnerungen unter dem Titel „Geheimnisse eines Savoyarden“ und erzählt darin einige hübsche Theatergeschichten. So berichtet er, daß ihm Sullivan, der Schöpfer des „Mikado“, als eine Art Zauberer erschienen sei. „Er konnte nicht nur“, schreibt er, „jedem Instrument spielen, sondern er wußte genau, welchen Ton ein bestimmtes Instrument hervorbringen mußte, um in dem Gesamtensemble die gewünschte Wirkung zu erzielen. „Kein! Kein!“ rief er, „S. bei einer Probe dem Cellisten zu. „So ist es nicht richtig. Ich brauche einen langgedehnten, gedehnten Ton.“ Und er nahm ihm den Bogen aus den Fingern und brachte nun selbst auf dem Cello eine komische Wirkung hervor, die dann der Cellist nachahmen zu müssen hatte. Oder er gab dem ersten Violoncellisten, nahm ihm die Violine aus der Hand und entlockte ihr die lustigsten Töne, die wie ein Gelächter klangen. Und ebenso machte er es mit den Geigen.“

• Ein Land ohne Titel. Kanada hat vor einiger Zeit sämtliche Titel und Auszeichnungen von Staats wegen abge-

Wiesbadener Nachrichten.

Vollversammlung der Handelskammer.

In der Vollversammlung der Handelskammer wurde an Stelle des kürzlich verstorbenen 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Handelskammer, Herrn Albert Sturm, Herr Carl Werth (Wiesbaden), ferner an dessen Stelle zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Herr Direktor Hermann Hummel, in Firma Altengrund & Co. v. m. b. H., Burghausen a. M., gewählt. Zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde Herr Geb. Regierungsrat Dr. Adolf Baer (Höchst a. M.), ebenso zum Kassenvorstand Herr Hühndelberger Sigmund Heymann (Wiesbaden). Die Ausschüsse und Kommissionen haben nachstehende Änderungen erfahren: In dem Hauptauschuss ist an Stelle des Herrn Sturm Herr Direktor Hummel getreten. Für den gleichfalls ausgeschiedenen Herrn L. D. Jung wurde dagegen ein neues Mitglied gewählt, so daß der Hauptauschuss wieder wie früher 12 Mitglieder zählt. Die Verwaltungskommission wurde durch Aufnahme des Herrn Direktor Hummel ergänzt. Der Kleinhandelsauschuss, der eine Liste durch das Ausschreiben von Herrn Jung erhalten hat, wurde dagegen nicht ergänzt. Auch Außenhandels- und Verkehrsausschuss sind in ihrer jetzigen Zusammensetzung geblieben. Zum Vorsitzenden des Verkehrsausschusses wurde an Stelle des Herrn Sturm Herr Wilhelm Rühle (Wiesbaden), zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Hotelbesitzer Daefner (Wiesbaden) gewählt. In den sozialpolitischen Ausschuss wurde Herr Direktor Friedrich Köttermann, in Firma C. Buchner, Wiesbaden, neu aufgenommen. Der Steuer- und Wirtschaftsausschuss wird infolgedessen, als Herr Direktor Köttermann zum Vorsitzenden und Herr Dr. Werth zum stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt wurden.

Der Voranschlag für 1922 beläuft sich nach dem Bericht des Kassenvorstandes auf rund 750 000 M. Zur Deckung dieser Kosten befehligte die Vollversammlung die Erhebung eines Handelskammerbeitrags in Höhe von 60 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, wobei als Mindestbeitrag zur Handelskammer der Betrag von 60 M. festgelegt wurde. — An Stelle von Herrn Albert Sturm wurde als Vertreter in den Beirat des Reichsausschusses am 2. Zweigstelle Köln a. Rh., Herr Karl Henckell (Wiesbaden a. Rh.), als sein Stellvertreter Herr Vossler (St. Goarshausen a. Rh.) gewählt. — Herr Karl Henckell (Wiesbaden a. Rh.) wurde auch zum ehrenamtlichen Mitglied des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamts Kassel berufen. Zugleich befehligte die Vollversammlung, erneute Schritte zu tun, daß der Handelskammer mehr Sitz in dem in Aussicht genommenen Finanzgericht zugesichert und nach Möglichkeit auch detaillierte Kammern des Finanzgerichts in Wiesbaden gebildet werden. Die bisher von der Handelskammer in der Angelegenheit unternommenen Schritte wurden von der Vollversammlung gebilligt. — In den Vorstand der Kriegskasse der Handelskammer wurden neu gewählt die Herren Philipp Kramer (Höchst a. M.) und Wilhelm Rühle (Wiesbaden). Vorsitzender der Kriegskasse wurde Herr Josef Stamm (Wiesbaden), stellvertretender Vorsitzender Herr Philipp Kramer (Höchst a. M.). — Die Vorklassifikation der Handelsgerichts- und Handelsrichter für 1922 wurde durch die Herren Richter, in Firma Gottfried Glaser u. Co., Frankfurt, in Firma Simon u. Co., Direktor Gans, in Firma Chemische Fabrik „Elektro“ und Erich Stephan ergänzt.

Bei der Magistrat der Stadt Wiesbaden der Handelskammer mitgeteilt hat, ist der Entwurf zur Ausführung von Lagerhäusern und Privatanklughäusen in Wiesbaden fertiggestellt. Doch werde ausnahmsweise auf Erheben der Eigentumsverwaltung eine Änderung des Planes beantragt. Die Vollversammlung nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, hielt jedoch weitere Schritte der Handelskammer, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der Interessenten an der Kostenaufbringung, erst für angebracht, nachdem der Kostenvoranschlag der Handelskammer vorgelegt ist. — Der Einspruch einer Firma gegen ihre volle Heranziehung zum Handelskammerbeitrag soll auf dem Wege zivillicher Verhandlung mit der Handelskammer erledigt werden. — Der leitende wissenschaftliche Hilfsarbeiter der Handelskammer, Herr Dr. Meuser, wurde zum stellvertretenden Syndikus der Handelskammer ernannt.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Im Inerstaten wird die neue Tabelle über Beiträge und Leistungen bekannt gegeben. Diese neue Lohnabgrenzung tritt mit dem 29. Januar d. J. also mit nächstem Sonntag in Kraft, von welchem Tage ab auch für schwabende Krankheitsfälle das höhere Krankengeld beansprucht werden kann, sofern der neue Grundlohn die bisher vorgeschriebene Höchsthöhe übersteigt. Der Versuch hat in seiner letzten Sitzung den Antrag des Kassenvorstandes stattgegeben und den gleichfalls zulässigen Lohn, Grundlohn, von 80 M. für die 12. Lohnstufe an-

schafft und damit der menschlichen Gerechtigkeit, die ja in Kanada nicht weniger groß ist als anderswo, einen höheren Schlag verleiht. In Quebec, wo die französischen Ansiedler an den aristokratischen Traditionen des alten Frankreichs festhalten, ist denn auch logischerweise eine Protektionsabgrenzung ins Leben getreten, und dieser Staat hat verlangt, daß das Titelverbot wieder aufgehoben werde. Aber die Männer von Quebec, die noch in den Idealen des vorrevolutionären Frankreichs leben, sind mit ihrer Forderung nicht durchgebrungen. Die Titelschranken, die die Regierung zur Durchführung des Gesetzes bestellt hatte, lebte einstimmig ein Einigen auf die Wünsche von Quebec ab. Diejenigen Kanadier, die sich bereits im wirklichen Besitz von Titeln, Orden und anderen amtlichen Auszeichnungen befinden, dürfen sich ihrer erfreuen, so lange sie leben. Neue Ehrungen aber werden nicht mehr verliehen, und so wird denn binnen kurzem Kanada das erste Land sein, in dem es überhaupt keine Titel mehr gibt.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Aus Nürnberg schreibt man uns: Das Intime Theater brachte in letzter Zeit die Aufführung eines Schwanen von Arnold und Bach „Der teufelche Lebewohl“, ein sehr ergötzliches, von toller Laune durchdrungenes Stückchen, das seinen durchschlagenden Erfolg verdient. Auch im Stadttheater gab es jetzt eine Aufführung von Helmut Unger „Die Verklärung Falaises“. Die nicht ungeschickte, aber mit herkömmlichen Mitteln großer Bühnendramatik gesammelte Darstellung lieferte wohl bis zu einem gewissen Grad, sich aber jede Durchdringung vermissen. Es gab zuletzt einigen Beifall, aber auch deutlichen Widerspruch. — In den ersten Tagen des kommenden Monats wird Ludwig Barna seinen 80. Geburtstag feiern. Um den Künstler, der seinen Ruhm in Hannover gewährt hat, zu ehren, hat der Magistrat beschlossen, die Cordiusstraße, in der Barna wohnte, Ludwig-Barna-Straße zu nennen. — Unter dem Namen „Hambozger Speeldeel“ ist eine niederdeutsche Bühne in Hamburg begründet worden, die sich hauptsächlich der Pflege niederdeutscher Mollertspiele sowie überhaupt plattdeutscher Bühnenwerke widmen wird. Als erste Aufführung wird nach einem Bericht in „Niederdeutsch“ ein nach dem Libretto von Totentanz bearbeitetes Drama „Dobentanz“ von Edgar Schacht gegeben werden. Im Rahmen der „Speeldeel“ sind auch niederdeutsche Dichterabende unter besonderer Berücksichtigung der jüngsten Literatur vorgesehen. — Die Deutsch-Bulgare Gesellschaft in Berlin erläßt ein Preisausschreiben für die beste deutsche Übertragung von drei Gedichten des kürzlich verstor-

genommen, zugleich aber auch, entgegen der Ansicht des Vorstandes, die erst unlängst eingeleiteten Prozentigen Beiträge auf 8 Prozent vermindert, lediglich um die Beitragslast etwas erträglicher zu gestalten. Auch zur Erweiterung der Leistungen hat sich der Ausschuss verstanden, indem er einen Karenztage beilegte. Das Krankengeld wird also schon vom dritten, nicht mehr wie bisher vom vierten Krankheitstage an gezahlt. Ob die Kasse hierbei auf ihre vom Vorstand wohl ausgedachte Rechnung kommt, wird die Zukunft lehren. Der mickligen Finanzlage der Kasse hätte es jedenfalls nichts geschadet, wenn die Beiträge von 8 Hundertstel des Grundlohns für dieses Jahr in Geltung geblieben wären. Ausdrücklich muß an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß für den Monat Januar 9 Hundertstel des alten Grundlohns und vom 29. d. M. ab 8 Hundertstel des neuen Grundlohns als Beiträge erhoben werden. — Das neue Gesetz brachte eine höchst wichtige Bestimmung bezüglich der freiwilligen Weiterversicherung. Hiernach können Personen, die seit dem 10. Mai 1920 wegen Überschreitung der damaligen Verdiensthöhe von 15 000 M. aus der Kasse ausgeschieden, zur Weiterversicherung damals wohl berechtigt gewesen wären, von diesem Recht jedoch keinen Gebrauch gemacht haben, ihre Weiterversicherung bis spätestens zum 12. Februar d. J. beantragen, sofern sie neuerdings der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Diese Bestimmung hätten in erster Linie über 50 Jahre alte Personen zu beachten. — Vom 30. d. M. ab kann der neue Schutznachtrag nebst Beitragsabelle beim Kassensystem entgegengenommen werden.

Schneefall und Glätte.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Bei dem letzten Schneefall und Glätte mußte die Bevölkerung gemacht werden, daß die Grundstückseigentümer nur zu einem geringen Teil ihrer Verpflichtung, die Bürgersteige rechtzeitig mit Schnee zu bestreuen, und den Schnee vom Bürgersteig zu beseitigen, nachgekommen sind. Hieraus ergab sich der Umstand, daß der Schnee festgetreten wurde oder teilweise und vielfach hierbei noch vereist auf dem Bürgersteig lag. Infolge der mangelhaften oder verlässlichen Bestreuerung sind nicht nur viele Leute zu Fall gekommen, sondern eine ganze Anzahl hat dabei Unfälle erlitten. Da andauernd wieder Schneefälle bevorstehen, werden die Grundstückseigentümer ersucht, den Schnee künftig rechtzeitig und gründlich beseitigen zu lassen und bei eintretendem Glätte schon morgens früh die Bürgersteige auszureichend mit Schnee zu bestreuen, damit jedermann ohne Gefahr, hinfallen und fürchterliche Schäden zu erleiden, die Bürgersteige begeben kann. Ebenso gefährlich für den Fußgängerverkehr sind die Schmelzen und Rutschen, die von Kindern und der erwachsenen Jugend bei Eintritt des Frostes auf den Bürgersteigen herbeigeführt werden. Diesem Unfall kann nur dadurch entgegengetreten werden, daß die Hausbesitzer jede einzelne Schmelze oder Rutsche durch ausgiebige Bestreuerung mit Schnee u. s. w. sofort unbrauchbar machen. Die Grundstückseigentümer wollen nicht dann ihre Mitwirkung verweigern, wenn sie die Bestreuerung der Glätte oder auch die Reinigung der Bürgersteige von Schnee anderen Personen, insbesondere dem Trottoirreinigungsinstitut, übertragen haben, denn dieses Institut ist außerstande, gleichmäßig überall das Glätte durch Bestreuerung zu beseitigen.

— Auto-Omnibusverbindung mit Schierstein. Um jeder irrigen Auffassung vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß es sich bei dem den Stadtverordneten unterbreiteten Antrag auf Bewilligung von zwei Auto-Omnibussen um die Einrichtung einer regelmäßigen, das ganze Jahr hindurch laufenden Verbindung mit Schierstein handelt und nicht, wie verschiedentlich angenommen zu werden scheint, um eine solche, die nur bei Beginn der Badaison des Strandsbades Schierstein eröffnet und im Spätherbst wieder eingestellt werden soll. Da aber im Sommer ein häufigerer Verkehr als in den übrigen Monaten stattfinden wird, ist ebenso selbstverständlich, wie es für die Besucher des Strandsbades wünschenswert sein wird. Zu dem Antrag selbst sei noch bemerkt, daß die Stadt nach dem Eingemeindungsvertrag verpflichtet ist, vom Jahr 1923 ab jährlich 100 000 M. für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Wiesbaden und Schierstein auszugeben. Da bei der Geringfügigkeit des Betrags an den Bau einer Straßenbahn nicht zu denken ist, glaubt man durch den Auto-Omnibusverkehr einen Ausweg gefunden zu haben, der — wenn von den Stadtverordneten genehmigt — immerhin eine erhebliche Verbesserung im Vergleich zu der bisherigen Verbindung bedeuten wird.

— Erhöhung der Brennholzpreise. In einer Bekanntmachung im Anzeigenteil veröffentlicht das hiesige Holzamt die durch die andauernde Teuerung verursachten Erhöhungen der Brennholzpreise, worauf hierdurch besonders hingewiesen wird.

benen bulgarischen Nationaldichters Ivan Vazov. Es sind Geldpreise ausgesetzt von 1000, 500, 300 und 200 M. Das Preisrichterkomitee haben Dr. Ludwig Fulda, Dr. Rudolf Prescher, Paul Lindenberg in Berlin, sowie Geheimrat Rat Prof. Dr. Cornelius Gurlitt in Dresden und der bulgarische Professor an der Universität zu Sofia Dr. J. Gheorgiov, zurzeit in München, übernommen. Die bulgarischen Texte der Gedichte und näheren Bedingungen können unentgeltlich von der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft in Berlin, Kurfürstendamm 218, bezogen werden. In erster Linie ist an die zahlreichen an deutschen Hochschulen studierenden Bulgaren gedacht, damit sie ihre Kenntnisse in der deutschen Sprache erweitern können.

Bildende Kunst und Musik. Am 17. Dezember 1921, dem 150. Geburtstag Beethovens in Bonn, wurde zu Ehren des großen deutschen Meisters in Saffa von der dortigen Musikschule eine besondere Beethovenfeier veranstaltet. Sie bestand aus einem Vortrag über sein Leben und Wirken mit näherer Erläuterung seiner 4. Sinfonie, die gleich darauf von dem Orchester ausgeführt wurde. Ausgewählte Stücke wurden noch auf dem Piano oder der Geige vorgetragen. — Gerda Hartz, die Primadonna der Metropolitano-Oper in New York, will sich, wie gemeldet wird, am Abschluß dieser Spielzeit von der Bühne zurückziehen. Sie hat es abgelehnt, ihren Kontrakt zu erneuern, und will eine Konjunktur durch die Vereiniigten Staaten unternehmen. Man bringt diesen Entschluß mit dem Auftreten der Wiener Sopranistin Frau Verha an der New Yorker Oper in Zusammenhang, die als Tosca in einer der Lieblingsrollen der Hartz einen sensationellen Erfolg davontrug. — Das ursprünglich für Pfingsten 1921 geplante große Regenerie der Max-Reger-Gesellschaft mußte bekanntlich im vorigen Jahre verschoben werden; es findet nunmehr bestimmt vom 29. April bis 1. Mai d. J. in Breslau unter Leitung von Georg Dohrn und Mitwirkung erster Solisten (Fritz und Adolf Busch, des durch seine jüngste Reise durch Südamerika bekannten Wendling-Quartetts, Emmi Reiner u. a.) statt. Bestellungen nimmt das Bureau des Breslauer Orchestervereins in Breslau, Schubstraße 77, entgegen, das auch Quartiere vermittelt.

Wissenschaft und Technik. Nach einem Telegramm aus Montreal hat Lord Asholton die McGill-Universität davon in Kenntnis gesetzt, daß er einen Preis von 100 000 Dollar ausschreibt, der demjenigen Mediziner zufließen soll, der innerhalb 5 Jahren eine medizinische oder chirurgische Behandlung zur vollständigen Heilung des Krebses entdeckt. Mit der Verteilung dieses Preises wurde das Royal College of Physicians and Surgeons in London beauftragt.

Aufgebot.

Frau E. Kellner, Charlottenburg, Rantstraße 38a, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Brach und Dr. Dillmann in Wiesbaden, hat das Aufgebot des Pfandbeschlusses Nr. 18647 T. 38 des städtischen Leihhauses zu Wiesbaden vom 29. Juli 1920 beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den

16. Mai 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Oranienstraße 17, Zimmer 1, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Wiesbaden, den 24. Januar 1922.

F250

Das Amtsgericht, Abteil. 8.

Städtisches Holzamt (Altes Museum)

Zimmer 51.

Infolge der gestiegenen Unkosten usw. werden ab Freitag, den 27. Januar 1922, die Brennholzpreise wie folgt festgesetzt:

1 Str. Brennholz ab Lager 25 M.

1 Str. Stoc- u. Wurzelholz ab Lager 18 M.

Wiesbaden, den 26. Januar 1922.

F237

Der Magistrat.



Kaufmännischer Verein Wiesbaden e.V.

Wintergarten, Montag, 30. Jan., ab 8 Uhr:

Experimental-Vortrag

Herr Physiker Wilh. Pauck-Berlin
Dozent der Humboldt-Hochschule-Berlin:

„Neuestes aus der Wunderwelt der Elektrizität.“ F 376

Kartenverkauf: Für Nichtmitglieder Mk. 12.—, 8.—, 6.—, 4.— in den bekannten Verkaufsstellen (siehe Plakat-anschlag). für Mitglieder gelten die üblichen Bedingungen. — Vorbehaltene Plätze bei Glücklich, Wilhelmstr. 56, u. Schottenfels, Theater-Kolonnade 29/31.

Nachlaß-Mobiliar-Versteigerung.

Morgen Samstag, 28. Januar 1922

vormittags 9½ Uhr beginnend (ohne Pause)

versteigere ich im Auftrage des Pflegers und and. in meinem Versteigerungslokale

22 Neugasse 22

nachverzeichnete Gegenstände:

Kleiderschränke, Kommoden, Tische, Stühle, Nachtschränke, vollst. Ruhbaum-Betten, 1 w. Metall-Rinderbett mit Matratze, Sofa, 2 Sessel, Diwans, eine vollst. Kücheneinrichtung, Wäsche, Federbetten, Herren- u. Damen-Kleider, Schuhe, Haushaltungs-, Aufstell- u. Küchenutensilien;

im weiteren Auftrage:

1 Bervielfältigungs-Apparat

Marke „Trehö“

mit doppeltem Zubehör und feiner Ausstattung, passend für Handelsbureaus, kaufm. Bureaus und Schreibstuben, und viele hier nicht angeführte Gegenstände

öffentlich freiwillig meistbietend gegen Barzahlung. Besichtigung gestattet.

Friedrich Krämer

Auktionator und Taxator.

Telephon 3870.

NB. Versteigerungsaufträge werden zu jeder Zeit entgegengenommen.

Sonntag, den 29. Januar, 8½ Uhr abends:

VORTRAG

in der Aula des Lyzeums 1, a. Schloßplatz (Eingang Mühlengasse).

Thema: „Ist das Evangelium wirklich schwierig?“
Eintritt frei! Jedermann willkommen!
Christl. Gemeinschaft Wiesbaden.

Brillanten, Perlen,

Gold- u. Silberwaren, Bestecke, Vasen, Aufstöße, Service, goldene Uhren u. Ketten, Armbänder, Platin und Brennstoffe, Plandscheine taufst zu hohen Preisen

Geizhals, Webergasse 14.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die vom Ausschuss in seiner Sitzung am 23. d. M. beschlossenen Satzungsänderungen treten mit dem 29. Januar 1922 in Kraft. Die Ratenbeiträge, die ab 1. d. M. auf 9 Hundertstel des Grundlohnes festgesetzt waren, wurden vom Ausschuss wieder auf 8 Hundertstel ermäßigt, so daß die 9 prozentigen Beiträge (nach dem alten Grundlohn) nur für den Monat Januar Geltung haben. Das Krankengeld gelangt zukünftig schon vom dritten Tage der Erkrankung ab zur Auszahlung. Auf das durch den neuen Grundlohn bedingte höhere Krankeneld haben auch solche Mitglieder Anspruch, die vor dem 29. d. M. erkrankt sind, sofern für sie ein höherer Grundlohn in Betracht kommt.

Die Änderungen über Beiträge und Leistungen sind in nachstehender Tabelle zusammengefaßt.

F 203

Lohn- sätzen	Lohn- bzw. Gehaltsgrenzen:					Grund- Lohn	Beiträge:			Tägliches Krankengeld nach Prozenten des Grundlohnes:					Sterbegeld nach d. Grundlohn:	
	täglich bis	wöchentlich bei 6 Arbeits- tagen	wöchentlich bei 7 Arbeits- tagen	ohne Sonnt- tage	mit Sonnt- tagen		täglich	wöchentlich 6 Tage 7 Tage		50% Regel- leistung	60% Mehr- leistung	65% bei 2 Wn- gebühren	70% bei 2 Wn- gebühren	75% bei 2 Wn- gebühren	20fach Regel- leistung	30fach Mehr- leistung
A																
I	6.—	36.—	42.—	150.—	180.—	4.—	—16	—96	1.12	—	—	—	—	—	50.—	60.—
II	8.—	48.—	56.—	200.—	240.—	7.—	—56	3.36	3.92	2.—	2.40	2.60	2.80	3.—	80.—	120.—
III	12.—	72.—	84.—	300.—	360.—	10.—	—80	4.80	5.60	5.—	6.—	6.50	7.—	7.50	140.—	210.—
IV	17.—	102.—	119.—	425.—	510.—	15.—	1.20	7.20	8.40	7.50	9.—	9.75	10.50	11.25	300.—	450.—
V	22.—	132.—	154.—	550.—	660.—	20.—	1.60	9.60	11.20	10.—	12.—	13.—	14.—	15.—	400.—	600.—
VI	27.—	162.—	189.—	675.—	810.—	25.—	2.—	12.—	14.—	12.50	15.—	16.25	17.50	18.75	500.—	750.—
VII	33.—	198.—	231.—	825.—	990.—	30.—	2.40	14.40	16.80	15.—	18.—	19.50	21.—	22.50	600.—	900.—
VIII	44.—	264.—	308.—	1100.—	1320.—	40.—	3.20	19.20	22.40	20.—	24.—	26.—	28.—	30.—	800.—	1200.—
IX	55.—	330.—	385.—	1375.—	1650.—	50.—	4.—	24.—	28.—	25.—	30.—	32.50	35.—	37.50	1000.—	1500.—
X	65.—	390.—	455.—	1625.—	1950.—	60.—	4.80	28.80	33.60	30.—	36.—	39.—	42.—	45.—	1200.—	1800.—
XI	75.—	450.—	525.—	1875.—	2250.—	70.—	5.60	33.60	39.20	35.—	42.—	45.50	49.—	52.50	1400.—	2100.—
XII	über 75.—	über 450.—	über 525.—	über 1875.—	über 2250.—	80.—	6.40	38.40	44.80	40.—	48.—	52.—	56.—	60.—	1600.—	2400.—

Satzungsnachtrag und Beitragstabelle sind im Kassensbüro erhältlich.

Die Arbeitgeber, welche die Lohn- bzw. Gehaltsnachweisung für ihr Personal noch nicht eingereicht haben, werden zur Vermeidung von Strafen hiermit an ihre Pflicht erinnert.

Wiesbaden, den 27. Januar 1922.

Der Kassenvorstand

gez. Franz Neumann, Vorsitzender.

Die Tribüne

Telephon 6029

Schwalbacher Str. 8

Direktion Gustav Jacoby und Victor v. Schenck.

Dienstag, den 31. Januar, abends 8½ Uhr, im Wintergarten:
Wohltätigkeits-Veranstaltung zum Besten der Kleinrentner.

Infolge des grossen Erfolges zum dritten Male:

Zehn Mädchen und kein Mann.

Komische Operette in 1 Akt von Franz v. Suppé,

unter gütiger Mitwirkung von

Frl. Brendel, Frl. Guradze, Frl. Freyer, Frl. Kinnscherff, Frl. Kniffel, Frl. Klein, Frl. Krause, Frl. Kromer, Frl. Lang, Frl. Leicher, Frl. Leng, Frl. Moller-Gottschalk, Frl. Rau, Frl. Schäfer, Frl. Ungerer und Herrn Howie.

In der Hauptrolle: Gustav Jacoby.

Das Orchester ist zusammengesetzt aus Künstlern und kunstliebenden Damen und Herren.

Vorher Bunter Teil

unter Mitwirkung von Gustav Jacoby, Victor v. Schenck und anderen bewährten Kräften.

Vor der Operette: Grosse Gesellschafts-Pause mit zahlreichen Ueberraschungen.

Eintrittspreise: Korbessel 50 Mk., Sperrsitz 25 Mk., 1. Parkett 12 Mk., 11. Parkett 6 Mk., Galerie 1. Reihe 10 Mk., Galerie 2. Reihe 5 Mk., Galerie 3. Reihe 3 Mk.

Vorverkauf: Samstag, Sonntag, Montag Tageskasse Wintergarten, Theaterkassen Blumenthal, Born & Schottenfels, Christmann, Zigarrenhaus (Residenz-Theater).

Automobilbesitzer Achtung!

Kühler-Frostschutz „Reinhart“

Kein Einfrieren und Defekte von Kühler und Zylindern, kein Ablassen des Kühlwassers mehr, verhindert Rost- und Schlamm-Bildung in Kühler und Zylindern, erspart bedeutend Betriebsstoff, Zeit, Verlust und Ärger, erhöht Leistung und Lebensdauer von Motor und Kühler ganz bedeutend, glänzend bewährt als Kühlmittel im Sommer und Frostschutz im Winter. Vertrieb für Wiesbaden:

Ing. L. PFEIL, Friedrichstr. 44, Tel. 6201.

Herrschaftliche Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Salon-Herrenzimmer, einzelne gute Stücke, Teppiche, Piano, Auhenschrank, Bronzen, Marmor-Ausstell.-gegenstände, Porzellane, Chines. und japan. Gegenstände taufst zu hohen Preisen

Julius Jäger, Helenenstraße 15, 1. Telephon 5047.

Herrschaftsmöbel

Teppiche, Bronzen, Marmor, Kunstgegenstände, Aufstellfächer taufst gegen soj. Kasse (streng diskret). Taxieren für Herrschaften kostenlos!

Telephon 3253.

Zimmermann

Herenstraße 18.



Sonntag, den 29. Januar 1922
8 Uhr, im kleinen Saale:

Heiterer Abend

des beliebten Berliner Humoristen

Emil Kühne.

Pressestimmen:

Kühne braucht nur eine Handbewegung zu machen und er hat den Kontakt mit der Zuhörerschaft hergestellt, die von jetzt ab vollständig in seinem Bann bleibt. „Berl. Tagl. Rundschau“.

Kühne's Art gestaltet alles zu einem völlig neuen Erlebnis. Es ist an dieser Stelle vielleicht noch nie so gelacht worden. „Berl. Lokal-Anzeiger“.

Eintrittspreise: 20, 15, 12, 8 Mk.,

dazu 1 Mk. Garderobengebühr.

F241

Städtische Kurverwaltung.

Männer-Turnverein.

Zu der am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Turnhalle, Platter Str. 18 stattfindenden

Enthüllung der Gedenktafel

für die gefallenen Mitglieder laden wir die Verwandten der Gefallenen, unsere Mitglieder und Gönner des Vereins ergebenst ein.

Der Vorstand.

P.-G. Siegfried 1907.

Bunter Abend

Samstag, den 28. Januar 1922, ab 7 Uhr abends, im großen Saale des Turnvereins, Hellmuthstr. 25, mit Tanz.

Eintrittspreise zu haben siehe Plakat.

Große Wiesbadener Karneval-Gesellschaft

(Alte Rheingold).

Samstag, den 28. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Saale zum „Schwalbacher Hof“, Emmer Straße, anstatt Maskenball:

Große humoristische Unterhaltung mit Tanz alte und moderne Tänze.

Mitglieder und Freunde unseres Vereins sind höflich eingeladen.

Der Vorstand.

Café Orient

Unter den Eichen.

Morgen Samstag

BALL

Abfahrt vom Bahnhof 7 22 32 42 u. 10 24
Eintritt und Tanz frei. Kein Weinzwang

Samstag, den 28. Jan., abends 8 Uhr, gr. Kasino-Saal, Friedrichstr. 22:

Wann kommt das gold'ne Zeitalter?

Vortrag des Herrn Miss.-Schr. O. Schildhauer, München
Eintritt frei für jedermann!

Wir machen die verehrte Kundschaft darauf aufmerksam, daß sich der Preis der

gut bewährten Naturbutter

= ohne Salz =

infolge der Markverschlechterung um 2 Mark pro Pfund erhöht hat.
Wir sind in der Lage, auf Grund vorzeitig gefügter Abschlüsse, die Ware

noch zum alten Preise

abzugeben.

KLEFISCH & Co.

Telephon 3045.

Herderstraße 15.

Telephon 3045.

102

Konfirmanden-Anzüge.

Mein Lager in Konfirmanden-Anzügen ist bereits heute infolge rechtzeitigen Einkaufs reichhaltig sortiert. Besonders in dunkelblauen Anzügen finden Sie eine hervorragende Auswahl. Sämtliche Konfirmanden-Anzüge zeichnen sich bei durchweg **sehr guten Qualitäten** durch **außerordentliche Preiswürdigkeit** aus.

Konfirmanden-Anzüge in dunkelblauen, reinwollenen Molton-, Serge-, Kammgarn- und Cheviotstoffen, sowie in vorzügl. Halbwollcheviots, moderne ein- u. zweireihige Formen mit Umschlagkragen je nach Größe und Qualität
Mk. 450.— 600.— 850.— 1000.— bis 1500.—

Konfirmanden-Anzüge in solid gemusterten Stoffen, in guter Verarbeitung, moderne Formen, je nach Größe und Qualität
Mk. 450.— 550.— 750.— bis 1200.—

Kommunikanten-Anzüge

in prachtvollen dunkelblauen Stoffen, zweireihige Formen mit glatter Kniehose, in großer Auswahl, je nach Qual. u. Größe von Mk. 400.— bis Mk. 750.—

Heinrich Wels

Kirchgasse 64.

K174



Klubsessel

in echtem Rindleder und Cord.
Lieferung direkt ab
Spezialfabrik feiner Sitzmöbel
Berg & Co., Bismarckring 19.

**Keine große Reflektoren
aber staunend billig!**

Kein Geschäftsluxus, aber gute Ware!
Daher laßt es einer dem anderen!
Geben Sie zur

Kleider- und Wäsche-Zentrale

Anzüge, Paletots, Hosen, Schloßeranzüge, f. Herren, Jungen und Knaben, prima Hemden mit und ohne Einsätze, Socken usw. Ein großer Vorrat selbstgeherter Hosen zu 135 Mark.

Erstes u. größtes Spezial-Etatsgeschäft am Platz.

U. Ellinger, Helenenstr. 30
Ecke Wellenstraße.



Elektr. Kochtöpfe,

Platten, Herde, Bügelisen,
Haartrockner.

Flack, jetzt: Luisenstr. 25,
gegenüb. d. Realgym.

Anzugstoffe!

Verfümmen Sie nicht, mein Lager zu besichtigen.

Führe bei außergewöhnlich billigen
Preisen nur beste Qualitäten in blauen,
schwarzen u. modisfarbigen Kammgarnen,
Cheviots u. Meltons für Frühjahr u. Sommer.

R. Schneider, Rheinstraße 51, Ecke Kirchgasse
1. Etodl! Rein Baden! 1. Etodl!

Fahrräder

werden emailliert, schnell und billig.
Alle Reparaturen und alles Zubehör.
Wind, Herrngartenstraße 6. Telefon 481.

American Line.

Regelmäßige Passagier- und Frachtdampfer
Hamburg - New York.

Passagierdampfer:

Doppelschraubendampfer	"Mongolia"	1. Febr.
Dreischraubendampfer	"Minnekahda"	15.
Doppelschraubendampfer	"Haverford"	1. März
Doppelschraubendampfer	"Mongolia"	15.
Dreischraubendampfer	"Minnekahda"	29.
Doppelschraubendampfer	"Manchuria"	12. April
Doppelschraubendampfer	"Mongolia"	26.

Passagiere benötigen vorgeschriebene Ausweisapläne.

Frachtdampfer:

**Hamburg-Baltimore, Hamburg-Boston
Hamburg-Philadelphia usw.**

Auskunft erteilen:

American Line

Hamburg, Börsenbrücke 2,
oder: Born & Schottenfels, Hotel Nassauer Hof, Wiesbaden.

„Zum grünen Baum“

(früher: „Gastställe“)

Morgen Samstag: Mehlsuppe!

Morgens: Weißfleisch mit Arant und Bratwurst,
sowie Apfelwein eigener Kelterei.
Gut gepflegte Weine u. ff. Bier der Brauerei Henninger.
Es ladet freundlichst ein **Friedr. Hassenbach**,
gegenüber dem Gailbrunnplatz.



Die Kohlennot.

Braunkohlen und Koks sind angekommen
Beides ist ja Marktfrei
Wer was braucht, der kann jetzt kommen
Und er solle bald herbei
Brennt Braunkohlen mit Koks zuammen
Das gibt Hitze und auch Glammen
Und Ersparnis ist dabei.

Fr. Bartels, Dogheimer Straße 119.

Den Rest meiner Obst- u. Südfrüchte sowie Obstweine

verkaufe ich bis 31. Januar 1922
zu jedem annehmbaren Preise aus.
Desgleichen meine Inventar- und Laden-
Einrichtung.

Karl Bernecker

Saalgasse 38, Obstabteilung.

Mehlgerei Berner

empfiehlt

Pr. gemästetes Rindfleisch . . . Pfd. 13 Mk.
Bratenstücke, sehr zart . . . Pfd. 14 Mk.
Kalbfleisch, auch Keule . . . Pfd. 14 Mk.
10 Mauergasse 10.

Mehlgerei Edingshaus

Adlerstr. 40 Adlerstr. 40

Empfehle:

Frisch geschl. Rindfleisch

alle Stücke Mk. 13.— per Pfund

Dachfleisch

15.— und 16.— Mk. per Pfund.

2 Ausnahmetage!

Jed. Pfd. la gemäst. Rind- u. Ochsenf. nur 14 Mk.
Kalbfleisch, auch Keule . . . 14 Mk.
" " Kalbsbratenbraten . . . 13 Mk.
" " Hammelfleisch . . . nur 12-14 Mk.
" " Schweinefleisch . . . nur 20 Mk.
" " Schweinefleisch . . . 12 Mk.
Gesalzene Schweinehälften . . . Pfd. 12 Mk.
Stets frisches Hackfleisch . . . 15 Mk.
ferner empfehle Ochsenleber, Lunge, Guter,
Äpfel, alles frisch und billig.

Großmehlgerei Hirsch

61 Schwalbacher Straße 61.

Wegen meines Umbaus befindet sich der Verkauf
noch einmal in meiner neu renovierten Verkaufsstelle.
Bitte aber Einwickelpapier mitbringen.

Auf dem Markt:

Hammelfleisch . . . 13.— und 14.— Mk.
Rindfleisch . . . 14.— und 15.— Mk.
Hammelfleisch und -Äpfel.
Eduard Reinhardt, Metzger.

„Pfälzer Hof“

Grabenstraße 6.

Morgen Samstag:



Großes Schlachtfest

wozu freundlichst einladet **D. Schaal**